

Newsletter Frauen- und Geschlechterpolitik Januar 2008

Die Weiterleitung sowie das Ausdrucken und Auslegen des Newsletters ist ausdrücklich erlaubt und gewünscht. Die Printvariante des Newsletter findet ihr auf der Seite des fzs http://www.fzs.de/themen/newsletter_frauen_geschlechterpolitik_archiv.

Ebenfalls ausdrücklich erwünscht sind Anregungen zu Themen für die kommenden Newsletter sowie Kritik und Rückmeldungen zum aktuellen Newsletter.

Veranstaltungshinweise aus euren Projekten, Hochschulen und Städten können jederzeit gern in den Newsletter aufgenommen werden.

Anregungen, Hinweise und Kritik an janett.schmiedgen@fzs.de

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und freue mich auf eure Anregungen.
Viele Grüße, Janett

Inhalt:

1. Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und Gleichstellung
 - 1.1 Betreuungsprämie der CDU in der Kritik
 - 1.2 Änderungen beim Unterhaltsrecht
 - 1.3 Individualbesteuerung statt Familiensplitting
 - 1.4 200 neue Professorinnenstellen
 - 1.5 Rechtssprechung bleibt männlich dominiert
 - 1.6 Genderaspekte finden bei Klimakonferenz endlich Gehör
 - 1.7 Kampagne „Leben hat Gewicht“
2. Homo-, Bi- und Transsexuelle in Deutschland, Europa und der weltweit
 - 2.1 Rheinland-Pfalz: SPD lehnt Gleichstellung von eingetragenen Lebensgemeinschaften ab
 - 2.2 Studie: Homopaare haben bessere Beziehungen
 - 2.3 Homofeindliches Seminar auf dem Christival
 - 2.4 MTV und Viva boykottieren Bushido
 - 2.5 Aktueller Stand zur Gleichstellung von Homosexuellen in Deutschland
3. Dies und das
 - 3.1 Buchtipps
 - 3.2 Veranstaltungen

1. FRAUENPOLITIK, GLEICHSTELLUNG UND GENDER MAINSTREAMING

1.1 BETREUUNGSGELD IN DER KRITIK

Auf dem CDU-Parteitag vom 2. bis 4. Dezember 2007 in Hannover wurde gegen den Willen der Frauen Union das umstrittene Betreuungsgeld beschlossen. Die sog. Herdprämie sollen Eltern erhalten, die ihren Rechtsanspruch auf außerhäusliche Betreuung nicht in Anspruch nehmen und ihr Kind stattdessen zu Hause betreuen. Diese Regelung soll parallel zum Inkrafttreten des Rechtsanspruches jedes dritten Kindes auf einen Krippenplatz 2013 gelten. Im Gespräch ist derzeit ein Betrag von 150 € monatlich.

Kritik daran kommt von zahlreichen Parteien und Verbänden. SPD und Bündnis 90/ Die Grünen kritisieren, dass mit dem Betreuungsgeld die materiellen Anreize zur Förderung des Hausfrauenmodells weiter aufgestockt und damit die Bemühungen zur Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zunichte gemacht würden. Es wurde moniert, dass sich die unbelehrbaren Traditionalisten durchgesetzt hätten, die Kinder möglichst bei der Mutter und Frauen am besten zu Hause aufgehoben sähen. Die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und die eigene Existenzsicherung für Frauen hingegen würden sich damit weiter verschlechtern.

Auch die Genderanalyse von Barbara Stiegler, Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterpolitik an der Friedrich-Ebert-Stiftung, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Ihr Fazit lautet, „Jede Form der staatlichen Finanzierung privater Arbeit verhindert die Chancengleichheit der Geschlechter.“. Sie zeigt auf, dass Geld, auch wenn es nur als Alternative zum Krippenplatz gedacht ist, ein Schritt in die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse bedeutet. Die vermeintliche Aufwertung der privaten Betreuungsarbeit durch ein Taschengeld von 150 € monatlich für eine Arbeitstag mit nicht selten 20 Stunden führe im Gegenteil eher zu einer Abwertung dieser Arbeit. Stattdessen müssten die Regelungen in der Erwerbsarbeit verändert werden, zugunsten der Verkürzung und Flexibilisierung von der Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen der Eltern orientierten. So erhielten Väter und Mütter die Möglichkeit, sich im Beruf zu verwirklichen, finanzielle Sicherheit zu schaffen und dennoch genügend Zeit mit ihrem Kind zu verbringen.

Die OECD meldete in der Studie „Babies and Bosses“ ebenfalls Bedenken zum Betreuungsgeld an. Denn Kinder in Familien, in denen nur ein Elternteil arbeitet, sind laut der Studie dreimal so oft von Armut betroffen, wie Kinder deren Eltern beide berufstätig sind. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten leben in Deutschland besonders viele Kinder in ärmlichen Verhältnissen. In Dänemark stellten die AutorInnen der Studie die geringste Kinderarmut fest. Gleichwohl hat das Land unter OECD-Staaten, den zweithöchsten Anteil von berufstätigen Frauen, selbst 80 Prozent der alleinerziehenden Eltern gehen in Dänemark einer Berufstätigkeit nach (in Deutschland lediglich 62 Prozent). Damit ist weibliche Berufstätigkeit also mehr als ein Mittel zur Selbstverwirklichung, da sie die finanzielle Situation von Kinder verbessert. Das Betreuungsgeld wird deswegen kritisch betrachtet, da es Mütter dazu motiviere, länger aus dem Job auszusteigen. Je länger die Mutter aus dem Berufsleben aussteigt, um niedriger fällt ihr Gehalt aus. Diese Politik, die Frauen dazu animiert länger bei ihren Kinder zu Hause zu bleiben, führt womöglich dazu, dass ArbeitgeberInnen weniger Frauen einstellten, da sie davon ausgehen müssten, dass diese später zu Hause bleiben und für eine längere Zeit auffallen.

Auch in Hinblick auf die Integration von MigrantInnen geriet das Betreuungsgeld unter starke Kritik. Eine monatliche Zahlung an Eltern, die ihre Kinder im Alter bis zu 3 Jahren zu Hause betreuen, würde für viele der oft finanziell benachteiligten zugewanderten Fa-

milien einen hohen Anreiz setzen, ihre Kinder von frühkindlichen Bildungseinrichtungen fernzuhalten. Es gilt weiterhin zu berücksichtigen, dass für die Integration der Kinder ihre Eltern eine zentrale Rolle spielen. Wenn MigrantInnen einen Beruf ausübten, würde dies nicht nur ihr Selbstbewusstsein stärken und ihre finanzielle Unabhängigkeit fördern, sondern auch die Integration des Nachwuchses. Gut integrierte Mütter und Väter, die an ihrer Gesellschaft teilhaben, sind Vorbilder für ihre Kinder. Das Betreuungsgeld setze somit vor allem für Migrantinnen falsche Anreize und ist so aus gleichstellungs- und integrationspolitischer Hinsicht fatal.

Der Deutsche Frauenrat wies auf eine weitere Ungerechtigkeit hin. Das vorgelegte Modell benachteilige insbesondere alleinerziehende Eltern, da diese sowohl auf ihre Arbeit und Betreuungsangebote angewiesen seien.

Quellen:

Zweiwochendienst Frauen. Gesellschaft und Politik, Ausgabe 249 (November 2007)

Artikel:

- Künast: „Integrationswillen mit Aufenthaltsrecht für Zwangsverheiratete dokumentieren“, S. 5

- Deutscher Frauenrat lehnt „Herdprämie“ ab, S. 15

Zweiwochendienst Frauen. Gesellschaft und Politik, Ausgabe 250 (Dezember 2007)

- Frauen Union unterliegt im Streit um Betreuungsgeld, S. 3

- Taschengeld für Mütter oder Krippenplatz, S. 15

- Berufstätigkeit von Müttern schützt vor Kinderarmut, S. 18

1.2 ÄNDERUNGEN IM UNTERHALTSRECHT

Seit dem 1. Januar 2008 gilt ein neues Unterhaltsrecht, das unverheiratete, geschiedene und verheiratete Elternteile gleichstellt. Zukünftig zahlt der/die Unterhaltspflichtige für alle Kinder gleichmäßig, unabhängig davon, ob die Kinder aus der ehemaligen oder der andauernden Beziehung kommen, ob sie ehelich oder unehelich sind. Wenn dann noch Geld übrig ist, folgen gleichberechtigt die Ansprüche aller Elternteile mit oder ohne Trauschein, die gemeinsamen Nachwuchs erziehen. Bisher gab es einen ungleichen Rechtsanspruch auf Betreuungsunterhalt; unverheirateten Elternteile hatten lediglich bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres des gemeinsamen Kindes Anspruch auf Betreuungsunterhalt, geschiedene Elternteile mussten hingegen frühestens, wenn das Kind 8 Jahre alt ist wieder erwerbstätig werden. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die unterschiedlichen Unterhaltsansprüche verfassungswidrig sind und abgeschafft werden müssten. Zukünftig wird allen Elternteile lediglich ein Anspruch auf Betreuungsunterhalt bis zum Ende des 3. Lebensjahres gewährt. Lediglich für PartnerInnen aus langjährigen Ehen sieht das Gesetz Ausnahmen vor. So kann die/der Unterhaltsberechtigte auch in den zweiten Rang aufrücken, auch wenn die Kinder bereits lange aus dem betreuungsbedürftigen Alter heraus sind. Ausschlaggebend ist hier nicht nur die Anzahl der Ehejahre, sondern insbesondere die Rollenverteilung in der Familie, wenn bspw. einer der beiden EhepartnerInnen auf ihr berufliches Fortkommen verzichtet hat, um die gemeinsamen Kinder zu betreuen. Mit dieser Regelung soll der Schutz „traditioneller“ Familienformen gewährleistet werden. Generell soll mit der Reform das Unterhaltsrecht an die geänderten Lebensrealitäten angepasst werden, da Kinder immer häufiger außer-

halb der Ehe geboren würden.

Diese Gesetzesänderung wird für viele Frauen zu Problemen führen, da die bisherige Gesetzeslage dazu geführt hatte, dass Frauen sich darauf verlassen hatten, in und nach der Ehe versorgt zu sein. Viele Frauen werden sich nun in ihrem Vertrauensschutz betrogen sehen, daher rechnet der Juristinnenbund mit zahlreichen Klagen.

„Hilft das neue Unterhaltsrecht Ehemännern, ihre Ex-Ehefrauen über den Tisch zu ziehen und sie um den wohlverdienten Unterhalt zu bringen? Oder läutet es endlich den Abschied vom veralteten Modell der Hausfrauenehe ein?“ fragt die Zeitschrift EMMA. Beide trifft zu, sagen die Expertinnen.

Auf der einen Seite sollen Männern, solange sie erwarten, dass ihre Frau die Kinder versorgt und ihnen den Rücken für die Karriere freihält, die wirtschaftliche Verantwortung übernehmen, meint die Rechtsanwältin und ehemalige Berliner Familiensensorin Anne Klein. Mit dieser Regelung sind die Ehefrauen, die ihren Beruf aufgaben, um die gemeinsamen Kinder zu betreuen, die gekniffenen, insbesondere wenn der Ex-Mann eine zweite (oder dritte) Familie gründet, denn das neue Unterhaltsrecht setzt die Kinder an erste Stelle. Dann folgen auf Platz zwei gleichberechtigt Ehefrau eins und zwei (oder drei). Im ungünstigsten Fall bleibt für die langjährige Ex-Ehefrau nichts übrig.

Auf der anderen Seite findet Sabina Schutter vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) es richtig, dass der Staat kein überkommenes Familienmodell fördere. Sie hoffe, dass das neue Gesetz dazu führe, dass sich Frauen künftig nicht mehr auf die Versorgung einlassen und stattdessen auf eine gerechte Teilung der Erziehungsarbeit bestünden. Wenn der Gesetzgeber diesen Wertewandel in der Familienpolitik tatsächlich ernst meint, dann sollte er sich aber auch bald daran machen das Ehegattensplitting abzuschaffen, welches die Hausfrauenehe mit Milliardenbeträgen fördert. Eine weitere wichtige Maßnahme in diesem Bereich ist, dass der Staat den Unterhalt der säumigen Väter mit mehr Nachdruck eintreibt, denn Zweidrittel der Väter zahlen überhaupt keine Unterhalt für ihre Kinder - weil sie nicht können oder nicht wollen.

Quellen:

Zweiwochendienst Frauen. Gesellschaft und Politik, Ausgabe 249 (November 2007)
EMMA, Ausgabe 1/2008 (Januar/Februar 2008), S. 51

1.3 INDIVIDUALBESTEUERUNG STATT FAMILIENSPLITTING

Anlässlich des CDU-Parteitags im Dezember 2007 wanden sich 16 familien- und frauenpolitisch aktive Verbände und Gewerkschaften mit einem alternativen Steuermodell an die Öffentlichkeit. Statt der Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting, wie es die CDU in ihrem Grundsatzprogramm beschlossen hat, sollten die Einkommen von EhepartnerInnen grundsätzlich individuell besteuert werden, so wie es für Menschen in allen anderen Lebensformen gilt. Die bestehende Unterhaltspflicht in Ehen wird dabei über einen übertragbaren Grundfreibetrag berücksichtigt. Diese Regelung soll künftig auch Eingetragenen Lebenspartnerschaften zugute kommen. Durch die vorgeschlagene Reform des Ehegattensplittings werden Mittel in Höhe von ca. 16 Mrd. Euro frei. Dieses Geld soll gezielt dafür eingesetzt werden, die Lebenssituation von Kindern und Familien in Deutschland zu verbessern. Das Familiensplitting trägt aus Sicht der beteiligten Verbände und Gewerkschaften zur sozialen Spaltung von Familien bei, denn

gut ein Drittel aller Familien würde von der Einführung eines Familiensplittings in keinster Weise profitieren, da sie aufgrund ihres geringen Einkommens keine Steuern zahlen oder weil sie von sozialen Transfers leben. Darüber hinaus kommt eine stärkere Berücksichtigung von Kindern im Steuerrecht vor allem besonders gut verdienenden Menschen mit mehreren Kindern zugute. Stattdessen soll mit den freiwerdenden Geldern die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ausgebaut werden und eine eigenständige materielle Existenzsicherung für Kinder geschaffen werden.

Quelle:

http://www.frauenrat.de/module/press/press.details.aspx?S_ID=2183604992008011521333691142522735241123341&NWS_ID=511&NWS_SYS_ID=144242121&NWS_MDT_ID=9999&SN=0

1.4 200 NEUE PROFESSORINNSTELLEN

Ein neues Förderprogramm soll in den kommenden fünf Jahren 200 Wissenschaftlerinnen den Weg zu einer Professur erleichtern, Bund und Länder stellen dafür je 75 Millionen Euro bereit. Damit sollen Hochschulen unterstützt werden, die so genannte „Vorgriffsprofessuren“ mit Frauen besetzen. Das sind solche Stellen, die parallel zu Professuren geschaffen werden, die in naher Zukunft aus Altersgründen vakant werden. Je Hochschule sollen maximal drei dieser Stellen mit bis zu 150.000 Euro im Jahr gefördert werden. Die Fördermittel sollen höchstens fünf Jahre lang fließen – spätestens dann sollen die Vorgriffsprofessorinnen ihre Vorgänger oder Vorgängerinnen als ordentliche Professorinnen ablösen.

„Hochqualifizierte und talentierte Wissenschaftlerinnen gehören in die Spitzenpositionen von Wissenschaft und Forschung“, begründete Bildungsministerin Annette Schavan das Programm. Es sei ein „nachhaltiges Instrument zur Förderung von Spitzenwissenschaftlerinnen“. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Universitäten, Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen mit ihrem Gleichstellungskonzept zunächst ein Expertengremium aus Wissenschaft, Forschung und Hochschulmanagement überzeugen. Die neuen W2- und W3-Professorinnen ihrerseits müssen sich danach an den Hochschulen einem regulären Berufungsverfahren stellen.

„Es geht nicht um eine Frauenquote“, stellt dazu Jutta Dalhoff, die Leiterin des Bonner Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung, klar. Und während Schavan betont, dass die geförderten Stellen unbefristet seien, legt Dalhoff Wert darauf, dass die „Vorgriffsprofessorinnen“ noch einmal evaluiert würden, bevor sie nach zwei bis fünf Jahren ihre Vorgänger dauerhaft ersetzen sollen. Die positive Bewertung des Programms teilt Dalhoff mit der Ministerin: „Das Programm belohnt die Hochschulen für ihr vorausschauendes Planen“, sagt sie. „Es koppelt die Förderung von strukturellen Veränderungen an die individuelle Förderung von Wissenschaftlerinnen, das halte ich für eine gute Entwicklung.“

In Teilen lehne sich das Programm an das System der „Tenure Track“-Professuren in den Vereinigten Staaten an. „So werden Berufungen transparenter, das kommt Frauen und Männern zugute“, sagt Dalhoff. Während in Amerika fast ein Viertel aller ordentlichen Professorenstellen mit Frauen besetzt sind, liegt ihr Anteil in Deutschland mit 1246 W3- und C4-Professorinnen nur bei 10 Prozent. Die 200 neuen Stellen, die das Förderpro-

gramm aus dem Bildungsministerium nun schaffen soll, werden nicht ausreichen, um mit Amerika gleichzuziehen. Das wissen auch die Bildungsplaner in den Ministerien. Sie kündigen an: 2011 wird das Programm ausgewertet – und womöglich fortgeschrieben.

Quelle:

<http://berufundchance.fazjob.net/s/Rub1Ao9F6EF89FE4FD19B3755342A3F509A/Doc~E3E06F29FE430485D988A4268240CA170~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

1.5 RECHTSSPRECHUNG BLEIBT MÄNNERDOMINIERT

Die SPD hat zwei neue Bundesverfassungsrichter nominiert. Mit der bevorstehenden Wahl werde die „drohende Übermacht der Frauen“ in der Justiz erfolgreich abgewendet, kommentierte der Deutsche Juristinnenbund nicht ohne Ironie die Entscheidung der Partei, erneut zwei Männer ins höchste Richteramt zu berufen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hatte zunächst eine Frau als Nachfolgerin des scheidenden Vizepräsidenten Winfried Hassemer favorisiert. Offenbar konnte die SPD aber keine geeignete Kandidatin für das verfassungsgerichtliche Spitzenamt finden. Die Qualifikation der künftigen Richter stellt der Juristinnenbund nicht in Frage. Das Übergehen der Frauen sei dennoch ein falsches Signal. „Und das ewig gestrige Argument, es habe keine geeignete Frau zur Verfügung gestanden, ist schlicht falsch“, so Präsidentin Jutta Wagner.

Unter den Berufsanfängern in der Justiz stellen Frauen inzwischen die Mehrheit da. Laut des Juristinnenbundes waren im Jahr 2006 54 Prozent der RichterInnen auf Probe Frauen. In hohen Funktionen finden sie sich trotzdem kaum wieder. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts ist mit nur einer Frau neben sieben männlichen Kollegen besetzt. Diese Geschlechterzusammensetzung hat ihm unter KritikerInnen den Namen „Schneewittchen-Senat“ eingebracht. Mehr weibliche Akzente in der Rechtsprechung wird es nun auch nach der Wahl am 15. Februar nicht geben.

Richterinnen fördern Gleichberechtigung, so prägte Erna Scheffler die Rechtsprechung in Bezug auf Art. 3 Abs. 2 GG als erste Verfassungsrichterin. Die Grundsatzentscheidungen von 1959 des Ersten Senats, die den Stichtscheid des Mannes für verfassungswidrig erklärte, ist insbesondere auf ihren Einfluss zurückzuführen. Bis dahin hatte der Mann die letzte Entscheidungsgewalt in allen Fragen, die das gemeinschaftliche Leben und die Kindererziehung betrafen. Ohne Frauen gäbe es nicht das Gleichberechtigungsgebot in unserer Verfassung, ohne dieses hätte das Bundesverfassungsgericht den Frauen nicht zu ihren Rechten verhelfen können, und Frauen wiederum haben in diesem Gericht das ihre dazu beigetragen, der Gleichberechtigung Nachdruck zu verleihen, beschreibt Christine Hohmann-Dennhardt, die derzeit einzige Richterin im Ersten Senat, das Wechselspiel zwischen dem Bundesverfassungsgericht und den Frauen.

Quelle:

http://www.zweiwochendienst.de/index.php?PHPSESSID=2b3d82ed56a916b613oefa-d88ob84674&cat=1&group_id=103&id=7043&content_id=174&action=show_news

1.6 GENDERASPEKTE FINDEN BEI DER KLIMAKONFERENZ ENDLICH GEHÖR

Am letzten Tag der UN-Klimakonferenz in Bali erhielt gendercc, der weltweite Zusammenschluss von Frauen für Klimagerechtigkeit (gendercc – women for climate justice), große Zustimmung für das Abschlussstatement. Langsam, aber stetig erhöht sich auch die Zahl der Frauen, die bei den internationalen Klimaverhandlungen Entscheidungspositionen einnehmen. In Bali stellten sie 12 Prozent der DelegationsleiterInnen und 28 Prozent der Regierungsdelegationen. Der große Applaus für das gendercc-Abschlussstatement zeigt deutlich, dass nach vier Jahren mühsamen Wegbereitens Frauen- und Genderaspekte bei internationalen Klimaverhandlungen endlich wahrgenommen werden. Starke Zustimmung erhielt die Aussage, dass die Einbeziehung von Atomenergie in die „sauberen Entwicklungsmechanismen“ (Clean Development Mechanism, CDM) ein schlechtes Signal an die Welt sei. Auch die kritische Haltung der Frauen gegenüber marktbasierter Instrumenten fand deutliches Gehör. Der „Bali-Aktionsplan“ ist in der Sprache stark, in den Zahlen schwach: zukünftige Reduktionsziele sind in einer Fußnote versteckt, die auf den dritten Teil des IPCC-Berichts verweist – in dem dann die Reduktionsziele von 25 bis 40 Prozent (bis 2020 gegenüber 1990) erwähnt werden.

Die Frauen drückten während der Konferenz und in ihrem Abschlussstatement ihre große Besorgnis darüber aus, dass die Stimmen von Frauen, ihrer Sichtweisen und Rechte bei der Klimakonferenz und den Verhandlungen über ein zukünftiges Klimaregime kaum berücksichtigt wurden. Sie boten den Regierungen ihre Hilfe an bei der essenziellen Einbeziehung der Geschlechteraspekte in ihre Politiken und bei der Bewältigung zunehmender Krisen.

Quelle:

<http://www.genanet.de/index.php?id=7&L=0>

1.7 KAMPAGNE „LEBEN HAT GEWICHT“

Am 13.12.2007 wurde von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, Bundesjugendministerin Ursula von der Leyen und Bundesforschungsministerin Annette Schavan die Initiative "Leben hat Gewicht - gemeinsam gegen den Schlankeitswahn" in Berlin vorgestellt.

Die jüngsten Daten des Kinder- und Jugendsurveys (KIGGS) haben besorgniserregende Ergebnisse zu Tag gefördert. So leidet jedes fünfte Kind zwischen 11 und 17 Jahren unter Symptomen einer Essstörung, das sind 1,4 Millionen junge Menschen. 56 Prozent der 13- bis 14-Jährigen wollen nach einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung dünner sein. 63 Prozent sagen, dass sie gerne besser aussehen würden. Ulla Schmidt erklärte deshalb: "Essstörungen wie Magersucht und Bulimie sind keine Bagatelle, sondern ein ernstzunehmendes Problem. Mit der Initiative will der Bund sich zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen für die Prävention von Essstörungen einsetzen. Auch mit der Mode- und Werbebranche werden Gespräche geführt, um "konkrete Vereinbarungen bis hin zu Selbstverpflichtungen zu treffen." "Essstörungen betreffen vor allem Frauen und Mädchen. Sie beginnen oft schon im Kindesalter und sind ein verzweifelter Ausdruck für Ablehnung der eigenen körperlichen Entwicklung und Rolle im Übergang von Pubertät zum Erwachsenenalter. Deswegen

kommt es entscheidend auf Prävention an. Erziehende, Ärztinnen und Ärzte, aber vor allem die Eltern müssen in der Lage sein, Warnsignale zu deuten und so früh wie möglich gezielt gegenzusteuern. Dabei helfen leicht zugängliche Informationen über das Krankheitsbild ebenso wie passgenaue Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Parallel gilt es, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen zu stärken und rigoros gegen Propagandisten des Schlangheitswahns vorzugehen - zum Beispiel durch Verbote extremer Internetseiten." erklärte Ursula von der Leyen. Mit "extremen Internetseiten meint die Bundesministerin u.a. Pro-Ana-Communities, die Anorexie verherrlichen und in denen junge Mädchen sich Tipps geben. Annette Schavan will "vor allem auf wirksame Prävention und Aufklärung" setzen, um der Entwicklung "falscher Körperideale" vorzubeugen.

Maßnahmen im Rahmen der Initiative:

- Essstörungen werden innerhalb des Nationalen Aktionsplans zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten thematisiert.
- Der 13. Kinder- und Jugendbericht rückt das Thema Gesundheit erstmals in den Mittelpunkt der Kinder- und Jugendpolitik. Aus ihm sollen konkrete Handlungsempfehlungen zu gesunden Essgewohnheiten und der selbstbewussten Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper sowie Maßnahmen gegen Essstörungen abgeleitet werden.
- Mit der Mode- und Werbebranche werden Gespräche geführt, um mittelfristig konkrete Vereinbarungen bis hin zu Selbstverpflichtungen zu treffen. "Magermodels" gehören weder auf den Laufsteg noch in die Werbung.
- Zur Unterstützung der Aufklärungsarbeit von Schulen, Jugendarbeit, Sportvereinen und ÄrztInnen hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) umfangreiches Informationsmaterial entwickelt und ein Beratungstelefon eingerichtet (0221-802031).
- Den Sport- und Bewegungsangebote kommt für die ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit und die Gesundheit in physischer, psychischer und sozialer Hinsicht sowie eines gesunden Körpergefühls eine wichtige Rolle zu. Das Bundesgesundheitsministerium und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) werden hier zusammenarbeiten.
- Das Bundesgesundheitsministerium wird 2008 die Selbsthilfe bei Essstörungen durch ein Modellprojekt stärken. Dafür werden in den kommenden drei Jahren rund eine Viertel Million Euro zur Verfügung gestellt.
- Das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert derzeit Forschungsprojekte zum Thema Essstörungen mit mehr als 7 Millionen Euro.

Quelle:

http://www.aviva-berlin.de/aviva/content_Public%20Affairs_Politik%20+%20Wirtschaft.php?id=11429

2. HOMO-, BI- UND TRANSSEXUALITÄT

2.1 SPD IN RHEINLAND-PFALZ LEHNT GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERINNEN UND EHEGATTINNEN AB

Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion hat mitgeteilt, dass die SPD eine Gleichstellung von LebenspartnerInnen mit EhegattInnen im rheinland-pfälzischen Landesrecht ablehnt. Dazu erklärt Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

„Die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben Lebenspartner in ihrem gesamten Landesrecht mit Ehegatten gleichgestellt, Bremen auch im Beamtenrecht, die anderen beim Familienzuschlag und der Hinterbliebenenpension noch nicht. Die Gleichstellung in Hamburg ist von der allein regierenden CDU-Fraktion betrieben und beschlossen worden.“ Nach der von der CDU in Hamburg beschlossenen Gleichstellung hat der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) im Juli des vergangenen Jahres dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck und dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Jochen Hartloff den Entwurf eines "Landesgesetzes zur Anpassung des rheinland-pfälzischen Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsrecht des Bundes" übersandt und sie gebeten, sich für eine baldige Gleichstellung von LebenspartnerInnen mit EhegattInnen einzusetzen. Das wäre der SPD ohne weiteres möglich, weil sie in Rheinland-Pfalz allein regiert.

Noch im November 2007 schrieb Kurt Beck an ein Mitglieder des LSVD: "Lassen Sie mich Ihnen aber versichern, dass auch in Rheinland-Pfalz diese Ungleichbehandlung in absehbarer Zeit in Angriff genommen wird. Denn die Aussage unseres neuen Grundsatzprogramms ist keine hohle Phrase: Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dazu gehören gemeinsame Lebenswege wie die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft völlig unbenommen dazu." Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Jochen Hartloff teilte dem LSVD im Januar 2008 mit, dass Änderungen im Landesrecht zur Gleichstellung von LebenspartnerInnen mit EhegattInnen vorerst nicht vorgenommen werden sollen. Nicht ohne Ironie mutmaßt der LSVD „Sie (SPD-RLP) haben offenbar das neue Grundsatzprogramm der SPD noch nicht gelesen.“ und ruft zu Protestschreiben an Ministerpräsident Kurt Beck und den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Jochen Hartloff auf.

Quelle:

[http://typo3.lsvd.de/336.o.html?&cHash=b79cd3a957&tx_ttnews\[backPid\]=221&tx_ttnews\[tt_news\]=6472](http://typo3.lsvd.de/336.o.html?&cHash=b79cd3a957&tx_ttnews[backPid]=221&tx_ttnews[tt_news]=6472)

2.2 STUDIE: HOMOPAARE HABEN BESSERE BEZIEHUNGEN

Der Vergleich einer Reihe von Studien belegt eine verblüffende Erkenntnis, in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung gibt es eine größere Wahrscheinlichkeit, dass Familienwerte besser gelebt werden als in heterosexuellen Paarungen. Das in San Francisco ansässige Rockway Institute, das sich dem wissenschaftlichen Schwerpunkt Homosexualität widmet, hat die vergleichende Untersuchung von Forschungsergebnissen angestoßen. Deren Leiter, Robert-Jay Green nannte auch gleich einen wichtigen Grund für die

höhere Zufriedenheit bei Homopaaren. Die Flexibilität der Geschlechterrollen und die gleichwertige Aufteilung der Aufgaben beim Zusammenleben halte die Beziehungen gesünder. "Zwei Partner desselben Geschlechts haben die Möglichkeit, den traditionellen Rollenmustern zu entfliehen, die bei vielen Heterosexuellen für ein Ungleichgewicht und für Unzufriedenheit sorgen", meinte Green. Der Kampf zwischen Mann und Frau spielt also keine Rolle, entsprechend zeigen die Untersuchungen, dass die Zufriedenheit bei lesbischen Paaren am allergrößten ist. Schwule Paare landen auf dem zweiten Platz, danach erst kommen die gemischten Verbindungen. Die Studie zeigt außerdem, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen deutlich flexibler beim Aushandeln der Regeln und Rollen in einer Partnerschaft sind.

Quelle: http://www.queer.de/lust_liebe_partnerschaft_detail.php?article_id=8171&ptitle=Homopaare%20haben%20bessere%20Beziehungen

2.3 HOMOFEINDLICHES SEMINAR BEIM CHRISTIVAL

Für Kritik sorgte die Übernahme der Schirmfrauenschaft über den evangelischen Jugendkongress Christival durch die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). Bei dem Großevent werden im Mai tausende Teilnehmer in Bremen erwartet und wie selbstverständlich dabei: Ein Seminar zur Heilung von Homosexualität. "Viele Menschen leiden unter ihren homosexuellen Neigungen", heißt es dabei in der Seminarbeschreibung. Den Veranstaltern geht es "um Ursachen und konstruktive Wege heraus aus homosexuellen Empfindungen". Diese als "Ex-Gay-Bewegung" bezeichneten "Heilungs"-Ansatz kommt aus den USA. Dort werden bereits Camps zur Umpolung von Schwulen und Lesben angeboten. Kritiker beklagen, dass solche Aktivitäten Jugendliche in den Selbstmord trieben. Herbe Kritik an der Schirmherrschaft üben die Grünen, die jetzt eine parlamentarische Anfrage zum Thema im Bundestag gestartet haben: "Frau von der Leyen kann nicht als Bundesfamilienministerin Schirmherrin eines Kongresses sein, bei dem gefährliche Psychokurse und minderheitenfeindliche Angebote gemacht werden", erklärte Volker Beck, menschenrechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die CDU-Politikerin müsse "entweder die Absage dieses ‚Homosexuellenheilungsseminars‘ durchsetzen oder ihre Schirmherrschaft zurückgeben", fordert der Kölner Abgeordnete. In Deutschland wurde die Ex-Gay-Bewegung 1994 vom damals 36-jährigen Günter Baum begründet. Sein "Selbsthilfeinitiative Wüstenstrom" sollte Homosexualität "heilen". Aber nicht einmal ihm selbst konnte "geholfen" werden: Als es nach zwei Jahren zu einem "sexuellen Ausrutscher" kam, wurde er aus der Initiative ausgeschlossen - und landete direkt in der Psychotherapie. Der Protest gegen das homofeindliche Seminar zeigt Wirkung, das Seminar wurde abgesagt. Grund sei die "emotional hoch geschaukelte öffentliche Diskussion" gewesen, wie die beiden Referenten erklärten. "Wir möchten nicht, dass eines von 225 Seminaren dazu führt, dass das Christival mit Kritik überhäuft wird, bevor es überhaupt startet", erklärte dazu Christl Vonholdt vom "Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft" Ausrichterin des beanstandeten Seminars. Sie verteidigte den Ansatz des Seminars: "Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die ihre homosexuellen Impulse als unvereinbar mit ihren Wünschen, Überzeugungen und Lebenszielen erfahren, selbstbestimmte Wege ge-

hen können, die zu einer Abnahme homosexueller Empfindungen führen. Solche Selbstbestimmung ist unveräußerliches Recht jedes Menschen und gehört zu seiner Freiheit." Auf Becks Kritik, einen "gefährlichen Psychokurs" veranstalten zu wollen, ging sie nicht ein.

Vonholdt war schon mehrfach in der Kritik, weil sie Schwule und Lesben grundsätzlich mit dem Argument ablehnt, Homosexualität zerstöre Leben. Zuletzt sorgte sie im Oktober letzten Jahres für Aufregung, als die hessische CDU die Fundamentalistin zu einer Anhörung über die Homo-Ehe einlud.

Auf den Vorwurf eines Christen im Abgeordnetenwatch des Bundestages, Volker Beck wolle den Jugendkongress in Misskredit bringen, antwortete Beck: "Wenn ein Seminar behindertenfeindlich, antisemitisch, antihomosexuell, rassistisch oder frauenfeindlich ausgerichtet ist, werde ich mir immer die Freiheit nehmen, dies zu kritisieren, und ich erwarte von jeder demokratischen Politikerin und jedem demokratischen Politiker klare Distanz." Weiterhin hielt Beck ihm entgegen: „Spielen Sie bitte nicht die verfolgte Unschuld!“ Wenn dieser christlicher Mensch meine "man könnte über Homosexualität nur als Defizit, Krankheit oder Sünde sprechen, dann ist womöglich diese Ihre und Ihrer Freunde Haltung das Problem.", so Beck abschließend.

Quellen:

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=8143

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=8169&PHPSESSID=01e9bd1955e3676b7a720b76f9e15be8

2.4 MTV und Viva boykottieren Bushido

Die Musiksender MTV und Viva haben angekündigt, keine Videos des umstrittenen Rappers Bushido mehr zu spielen. Als Grund nannte MTV "Unstimmigkeiten" zwischen der Senderkette und Bushidos Plattenfirma "Ersguterjunge". Einige Medien spekulierten, dass eine Messerattacke auf den Rapper Fler in der vergangenen Woche der Grund für den Boykott sein könnte. MTV wies das aber bereits zurück. Fler war von drei Unbekannten im MTV-Gebäude attackiert worden, nachdem er eine Sendung co-moderiert hatte. Bodyguards konnten die Angreifer aufhalten, die anschließend unerkannt die Flucht ergriffen.

Das ist insofern eine gute Nachricht, da der 29-jährige Bushido wegen seiner frauen- und schwulenfeindlichen Texte schon lange als umstritten gilt. Zuletzt bezeichnete der unter Jugendlichen sehr beliebte Künstler Schwulsein als "nicht normal". Bei einem Anti-Gewalt-Konzert im Sommer zeigte er Schwulen, die in der Nähe gegen ihn demonstrierten, demonstrativ den Mittelfinger.

Quelle:

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=8008

2.5 INFOS ÜBER STAND DER GLEICHBERECHTIGUNG

Der Lesben- und Schwulenverband hat auf seiner Website eine aktualisierte Liste erstellt, die über Rechte und Pflichten in der Homo-Ehe aufklärt (<http://www.typo3.lsvd.de/?id=230>). Seit der Einführung der Eingetragenen Partnerschaften 2001 hat der Gesetzgeber mehrfach Verbesserungen für Homo-Paare verabschiedet. Zuletzt beschloss das Bundeskabinett vor gut einem Monat auf Druck der SPD, Schwulen und Lesben bei der Erbschaftssteuer denselben Freibetrag zuzugestehen wie Heterosexuellen. Dennoch weist die Liste einige eklatante Benachteiligungen auf, insbesondere im Steuerrecht. Hier werden Homo-Paare nach wie vor wie Fremde behandelt.

Quellen:

<http://www.typo3.lsvd.de/?id=230>

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=8170

http://www.aviva-berlin.de/aviva/content_Public%20Affairs_Gesetze%20+%20Finanzen.php?id=10980

3. DIES UND DAS

3.1 BUCHTIPPS

MECKEL, Mariam: Das Glück der Unerreichbarkeit. Murman Verlag, 2007; 18

Inhalt:

In diesem Buch wird anschaulich und humorvoll das Phänomen permanenter Erreichbarkeit im Informationszeitalter beschrieben und analysiert. Miriam Meckel gibt Hinweise, um sich aus der Kommunikationsfalle befreien zu können. Ihr Rat ist, sich eine Schneise in den Informationsdschungel zu schlagen und nicht alle möglichen Informationen zu sammeln, sondern sich stattdessen auf die Verarbeitung wichtiger Informationen zu konzentrieren. Um Platz im Kopf und Zeit für das Denken zu schaffen, sollten gezielt Phasen der Unerreichbarkeit geschaffen werden.

AULENBACHER, Brigitte u.a. (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, 29,90

Inhalt:

Der Sammelband von 14 Aufsätzen entstand auf einer gemeinsamer Konferenz von WissenschaftlerInnen der Arbeits- und Geschlechterforschung im April 2006, in dem es um die Frage ging, wie tiefgreifend die Umbrüche in den Beschäftigungsverhältnissen sind und wie diese sich auf das Geschlechterverhältnis auswirken. Darüber hinaus wurde sich auch mit der Zukunft der Arbeitsgesellschaft beschäftigt.

3.2 VERANSTALTUNGEN

20.01.2008 Dresden Buchvorstellung Seyran Ate – Der Multikulti-Irrtum

15.00 bis 17.00 Uhr

Seyran Ate stammt aus der Türkei und war bis vor etwa zwei Jahren in Deutschland als Anwältin für Familienrecht tätig. Ihre Klientinnen waren vor allem Frauen aus dem islamischen Kulturkreis, deren Männer sowohl ihre Nochehefrauen als auch Seyran Ate bedrohten, daher zog sie sich vor 2 Jahren als Anwältin zurück. Während dieser Pause hat sie an ihrem Buch „Der Multikulti-Irrtum“ gearbeitet, in welchem sie sich gegen die falsche Toleranzpolitik der Linken und gegen die fehlende Integration der Konservativen wendet und neue Wege aufzeigt.

Veranstaltungsort: Evangelische Jugendbildungsstätte, Heideflügel 2, 01324 Dresden

Teilnahmegebühr: 8 (SchülerInnen/StudentInnen: kostenlos)

Infos: www.auf-dem-hirsch.de

21.01.2008 Würzburg 1968 - aus Frauensicht!

18.30 bis 21.30 Uhr

Im Jahre 2008 kann wohl mit zahlreichen Veranstaltungen zu den 1968 rechnen, dabei ist damit zu rechnen dass die öffentliche Diskussion durch die männliche Perspektive geprägt bzw. dominiert werden wird. Die Veranstaltung „1968 – aus Frauensicht!“ fragt daher, was hat mit 1968 aus Frauensicht verändert, dazu wird Ute Kätzel ausgehend von den unterschiedlichen Akteurinnen des Buches „Die 68erinnen“ eine Einstieg bieten.

Veranstaltungsort: Akademie Frankenwarte, Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg (Tel. 0931-80464-0, Fax 80464-44, Email thea.momper@frankenwarte.de)

Teilnahmebeitrag (Lesung und Imbiss): 8

24.01.2008 Berlin Nur Jäger- und Sammlerlatein? Soziobiologie und Geschlecht

18.00 bis 21.00 Uhr

Die Vorstellung, es sei halt doch die Geschlechtsnatur, die kleine Mädchen zum rosa Spielzeug greifen lässt, Frauen das Einparken schwer macht und Männer am Zuhören hindert, hat Konjunktur. Was ist dran an derartigen Zuschreibungen? Warum sind sie so erfolgreich? Und wie sind ihre politischen Effekte einzuschätzen?

Es diskutieren: Brigitte Röder (Prähistorische Archäologie, Universität Basel), Claudia Pinl (freie Journalistin, Köln) und Cord Riechelmann (Biologe und Publizist, Berlin)

Veranstaltungsort: TU Berlin, Hauptgebäude H 3005, Straße des 17. Juni 135

Teilnahmebeitrag: nein

1./2.2.2008 Stassfurt Sprache und Macht - Rhetorik für Frauen

17:00 Uhr (erster Tag) bis 19:00 Uhr (letzter Tag)

Wer das Sagen hat, hat die Macht. Sprache nimmt eine bedeutende Rolle ein: Sie informiert, manipuliert, beschreibt Situationen, konstruiert Realitäten, übermittelt Befindlichkeiten und Emotionen. Sie ist das Herzstück der menschlichen Kommunikation. Wie verhalten sich in Gesprächen Männer Frauen gegenüber und umgekehrt? Werden Frauen in der Kommunikation mit Männern "untergebuttert", und wenn ja, wie geschieht das? Und wenn durch Sprache Macht ausgeübt wird, wie können Frauen durch ihr sprachliches Verhalten gegensteuern?

Neben Grundlagen und Übungen zur Kommunikation und Körpersprache werden im Seminar anhand von Beispielen Strategien für einen bewussten Umgang mit Sprache vorgestellt und geübt. Ziel ist es, sich in beruflichen und privaten Situationen sprachlich zu behaupten. Außerdem werden Möglichkeiten zum Umgang mit unfairen verbalen Angriffen und zum schlagfertigen Reagieren vorgestellt und eingeübt. Dabei orientiert sich das Angebot speziell an den Bedürfnissen von Frauen.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Otto-von-Guericke-Straße 65,
39104 Magdeburg (Tel. 0391-56876-0, Email: anfrage.magdeburg@fes.de)

Teilnahmegebühr 35

Mehr Infos:
www.fes.de

22.01.2008 Leipzig Familienpolitik in Europa

19.00 bis 21.00 Uhr

Mit einer Vergleichsstudie, von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben, wird unter verschiedenen Aspekten die Familienpolitik der Länder Frankreich, Großbritannien und Schweden mit Deutschland verglichen. Was macht eine erfolgreiche Familienpolitik aus? Welche familienpolitischen Instrumente aus anderen europäischen Ländern könnten Vorbild für die hiesige Politik sein? Mit Gästen aus den verschiedenen politischen Aktionsebenen wollen wir diesen Fragen nachgehen und die wichtigsten Ergebnisse der Studie diskutieren.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Regionalbüro Leipzig, Burgstraße 25, 04109 Leipzig (Tel. 0341-9602160 und -9602431, Email: lpzmail@fes.de)

Teilnahmegebühr: keine

28.01.2008 Berlin Rechtsextreme Gewalt: Nur ein Männerthema?

14.30 bis 16.00 Uhr

Eine Veranstaltung in der Reihe "Terrorismus und Gender": Hat der Terrorismus ein Geschlecht? Während der Terrorismus in den letzten Jahren alltagspolitisch wie wissen-

schaftlich an Bedeutung gewann, beschäftigen sich nur sehr wenige Beiträge zu diesen Debatten mit (männlichem und weiblichem) "Geschlecht" als Analyse- und Strukturkategorie oder gar mit den Wechselwirkungen zwischen Gender und anderen ebenfalls Ungleichheit generierenden Kategorien wie Ethnizität oder Sexualität, Klasse oder Religion.

Referentin: Prof. Dr. Ursula Birsl, Technische Universität Berlin

Veranstaltungsort: Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) Berlin, Haus 6 B, Raum 055, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin (frauenbeauftragte@fhvr-berlin.de)

14.02.2008 Berlin F-Wörter. Neue Feminismen und veraltete feministische Theorie?

18.00 bis 21.00 Uhr

Die aktuelle Medien-Feminismus-Debatte zeichnet sich vor allem durch ihre Distanz gegenüber feministischer Theorie aus. Ist diese so veraltet, dass sie der F-Klasse nichts mehr zu sagen hat? Ist das Wissen der Geschlechterforschung so akademisch, dass nur noch Geschlechterforscherinnen verstehen, worum es geht? Was aber haben die Gender Studies dem neuen Feminismus zu sagen?

Podiumsdiskussion mit Thea Dorn (Schriftstellerin, Berlin), Hilal Sezgin (freie Publizistin, Barnstedt) und Sabine Hark (ZIFG, TU Berlin)

Veranstaltungsort: TU Berlin, Hauptgebäude H 3005, Straße des 17. Juni 135

15. bis 17.02.2008 Verkaufte Hoffnungen – gestohlene Träume? Traum und Alptraum von Migrantinnen

Fast die Hälfte aller internationaler Migrant/innen sind heute Frauen – 95 Millionen weltweit. Die Gründe, die Frauen dazu veranlassen ins Ausland zu gehen, sind vielfältig: um Geld zu verdienen, die Chance auf mehr Gleichberechtigung und die Verbesserung ihrer Lebensqualität. Mit dem Geld, das die Migrantinnen in ihre Heimatländer schicken, unterstützen sie dort in erheblichem Maße Familien und Gesellschaften. Doch der Weg in die Fremde ist mühsam und hat oft einen hohen Preis. Globalisierung und Frauenmigration – Chancen und Gefahren – sozioökonomische Auswirkungen – Ausbeutung von Hausangestellten, Frauenhandel – Flucht und Asyl – kulturelle Vielfalt, Integration. In Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein e.V.

Veranstaltungsort: Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See, Tel:08851 - 780

Teilnahmebeitrag: 54

Infos: http://www.vollmar-akademie.de/details.php?semnr=0707_2008&select=&thema=&monat=&jahr=&last

8.3.2008 Würzburg "Frauenwahlrecht reicht uns nicht!"

18.00 bis 22.00 Uhr

Transparenz statt Lobbyismus. Reflexion und Diskussion zum internationalen Frauentag

Veranstaltungsort: Fechenbachhaus, Akademie Frankenwarte, Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg (Tel. 0931-80464-0, Email: info@frankenwarte.de)

Teilnahmegebühr: 15

15.03.2008 München „Von sammelnden Frauen und jagenden Männern ... Haben die Naturwissenschaften die Geschlechterfrage gelöst?"

15.00 bis 19.30 Uhr

Bereits seit mehr als zweihundert Jahren befinden sich sowohl Medizin als auch Naturwissenschaften auf der Suche nach objektiven biologischen Unterschieden zwischen Männern und Frauen. Welcher Zweck wird damit verfolgt.

Infos: www.frauenakademie.de